



Kaufmannschaft zu Lübeck



## **Unternehmerverbände der Region: Uni Lübeck muss erhalten bleiben!**

*Abwanderung von Unternehmen und Fach- und Führungskräften ist zu befürchten*

Die Unternehmerverbände der Region zwischen Ostsee und Elbe, Alster Business Club, Kaufmannschaft zu Lübeck, Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin, Unternehmensverband Ostholstein-Plön, Verband der Südholsteinischen Wirtschaft und Wismarer Wirtschaftsgemeinschaft sprechen sich einmütig für die Beibehaltung der medizinischen Fakultät an der Universität Lübeck aus.

*„Das südöstliche Schleswig-Holstein und das westliche Mecklenburg gehören zu den profiliertesten Standorten für Medizintechnik und Life Sciences in ganz Europa“, so Werner Süß, Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön, „diesem Medizincluster das Herz, die medizinische Forschung und Lehre in Lübeck, herauszureissen, ist unverantwortlich“, so der Vormann der Unternehmer in den Kreisen Ostholstein und Plön weiter.*

Michael Voigt, Vorsitzender des Verbandes der Südholsteinischen Wirtschaft in Reinbek, betont: *„Unsere Region ist eine Medizinregion. Von GlaxoSmithKline in Bad Oldesloe, Dräger in Lübeck, Kuhnke in Bad Malente bis zu Euroimmun in Dassow. Die pharmazeutischen, medizin- und dentaltechnischen Unternehmen der Region genießen Weltgeltung. Sie sind eng vernetzt mit den Hochschulen und Forschungsinstituten in Borstel, Lübeck und Wismar. Dieser funktionierenden Kooperation den Garaus zu machen, ist fahrlässig und gefährdet tausende hochqualifizierte Arbeitsplätze, aber auch finanzstarke und steuerrelevante Unternehmen, die für die Kommunen von Bedeutung sind.“*

Karlheinz Paetow, Vorsitzender der Wismarer Wirtschaftsgemeinschaft, pflichtet dem bei: *„Wir sind eine Medizinregion. Die Hochschule in Wismar und die Universität Lübeck arbeiten bereits jetzt eng zusammen. Den Studiengang Medizin in Lübeck zu schließen, bedeutete das Aus für die Universität Lübeck und wäre ein schwerer Schlag für die gemeinsame Wissenschaftsregion. Abwanderungen von Unternehmen der Gesundheitsbranche aus der Region wären zu befürchten.“*

Auch Rolf Paukstat, Präsident des Unternehmerverbandes Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin, macht seinem Unmut über die Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung Luft: *„Auch wenn sich unser Verbandsgebiet nicht im Land Schleswig-Holstein befindet, ist die wirtschaftliche Verflechtung zwischen dem westlichen Mecklenburg und dem südöstlichen Schleswig-Holstein sehr stark. Eine Schließung der Uni Lübeck hätte auch für uns weitreichende Folgen. Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft in unserem Verbandsgebiet wie auch die Hochschulen in Wismar und Lübeck kooperieren eng. Die Chance einer noch stärkeren Positionierung der Region als Gesundheitsstandort wäre für immer vertan.“*



Kaufmannschaft zu Lübeck



Unternehmerverband  
Norddeutschland  
Mecklenburg-Schwerin e.V.



UV Ostholstein-Plön  
Unternehmensverband Ostholstein-Plön e.V.  
Königsstraße 1 - 23761 Eutin



Jens Kahlsdorf, Präsident des Alster Business Clubs, stellt noch einmal den Kern der gemeinsamen Forderungen heraus: *„Wir sprechen uns nicht gegen eine Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) aus. Hier gilt es, einen verlässlichen Partner mit regionaler Verwurzelung zu finden, der das Lübecker Klinikum in seiner Substanz erhält und fit für die kommenden Herausforderungen und die härter werdende Konkurrenzsituation macht. Ein privater Partner für das UKSH ist keine Bedrohung für den Medizinstandort Lübeck und Region, sondern kann wesentlich dazu beitragen, dass medizinische Forschung und Lehre nachhaltig gesichert werden können. Wir als Wirtschaftsverbände sind aufgefordert, nicht nur die geplante Schließung der medizinischen Fakultät zu kritisieren, sondern gleichzeitig die Kieler Landesregierung auf mögliche negative regionalökonomische, volkswirtschaftliche und Arbeitsmarkteffekte, die dadurch ausgelöst werden könnten, hinzuweisen. Diese übersteigen unseres Erachtens bei weitem die bei einer Schließung realisierten Einspareffekte. Bei einer Privatisierung könnten exemplarisch die aus der Barschel-Ära herrührenden überzogenen Unterstützungsgelder des Landes zur Reduzierung der Krankenkassenbeiträge für den Lehrbetrieb über rund 40 Mio € reduziert werden.“*

*„Ein privater Partner kann durch betriebswirtschaftliche und technische Optimierungen die Zukunft des UKSH dauerhaft sichern“,* so Lutz von Majewsky, Präses der Kaufmannschaft zu Lübeck, *„ein Votum für die medizinische Fakultät in Lübeck ist kein Votum gegen eine Privatisierung des UKSH. Wir begrüßen die Sparbemühungen der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung ausdrücklich. Angesichts der desolaten Haushaltslage war es richtig und wichtig, auch schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen. Allerdings muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Das Land ist zu sehr auf die kameralistischen Einspareffekte fixiert und blendet die negativen Folgen für die Wirtschaft in der Region mit einem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen sowie einem Einbruch bei Wertschöpfung und Steuereinnahmen aus. Es gilt an den medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck zu prüfen, wie Einspareffekte an beiden Standorten erzielt werden können, um das Sparziel der schwarz-gelben Koalition zu erreichen. Es ist möglich, zu sparen und dabei beide Standorte zu erhalten. Wir fordern eine unabhängige Prüfung ohne Vorbehalte, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Die Beerdigung des Medizinstandortes Lübeck wäre ein Pyrrhussieg für die Landesregierung. Die negativen Auswirkungen würden die Einspareffekte bei weitem übersteigen“,* so der Präses der Kaufmannschaft abschließend.